

das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb zu wollen.

(Zuruf aus der CDU/DA-Fraktion: In Freiheit aber!)

Schon aus diesem Grunde ist es politisch gerechtfertigt, daß beide deutsche Staaten aufeinander zugehen und einen neuen Staat bilden, statt daß sich der eine Staat dem anderen einfach anschließt und damit auch unterordnet.

Juristisch sind die Nachteile ebenfalls erheblich. Natürlich können im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der DDR Bedingungen für einen Beitritt ausgehandelt werden. Diese Bedingungen kann aber nur die Regierung der DDR mit der Bundesregierung der BRD vereinbaren. Mit dem vollzogenen Beitritt ist dann die DDR und damit auch der Vertragspartner der Regierung der BRD untergegangen. Niemand könnte ein deutsches Parlament daran hindern, diese Bedingungen wieder aufzuheben.

Deshalb ist es unrichtig, wenn von Ihnen das Beispiel des Saarlandes benannt wird. Hier gab es am 23.10.1954 als Teil der Pariser Verträge ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Regierung der Französischen Republik über das Saar-Statut. Darüber hinaus gab es am 27.10.1956 den Abschluß der sogenannten Luxemburger Staatsverträge durch die Außenminister der BRD, des Saarlandes und Frankreichs. Also auch nach Eingliederung des Saarlandes in die BRD blieb ein Vertragspartner übrig, der die Befugnis hatte, die Einhaltung der völkerrechtlichen Verträge durchzusetzen. Dieser Vertragspartner war Frankreich.

Im Falle eines Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gäbe es einen solchen Vertragspartner nicht. Damit stehen sämtliche vorher ausgehandelte Bedingungen auf sehr schwachen juristischen Füßen. Wir streben deshalb eine deutsche Einigung an, bei der ein neuer deutscher Staat entsteht, der nicht nur besser ist als die bisherige DDR, sondern auch besser als die heutige BRD. Dieses neue Völkerrechtssubjekt müßte die Rechtsnachfolge der DDR und der BRD antreten. Alle Vereinbarungen sollten völkerrechtlichen Charakter tragen. Dabei ist für uns klar, daß insbesondere die Eigentums- und Nutzungsrechte von Bürgern der DDR und der BRD so bestehen bleiben müssen, wie sie nach dem jeweils geltenden Recht des einen oder des anderen Landes wirksam zustande gekommen sind.

In einem solchen Prozeß wäre auch klar, daß die deutsche Einigung damit abgeschlossen ist und gegen niemand in Zukunft mehr Gebietsansprüche durch Deutschland erhoben werden dürfen. Nicht zu unterschätzen in diesem Prozeß ist auch die psychologische Seite. Es macht einen Unterschied, ob unsere Bevölkerung beitrifft und damit von der Bevölkerung der Bundesrepublik aufgenommen wird, und zwar in einer irgendwie gearteten großzügigen Geste, und deshalb von Anfang an mit einem Minderwertigkeitsgefühl behaftet ist. Kritischen Äußerungen von ehemaligen DDR-Bürgern zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der größeren Bundesrepublik könnte immer mit dem Einwand begegnet werden, daß sie ja schließlich nicht hätten beitreten müssen, und wenn sie schon beigetreten sind, sich auch mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden haben. Ein solcher psychologischer Nachteil muß unbedingt verhindert werden.

Angestrebt werden muß, daß die Bürger in beiden deutschen Staaten eine neue Identität finden. Wie aktuell dieses Problem ist, ergibt sich schon daraus, daß der Bundesregierung ein kompletter Entwurf eines Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vorliegt, bei dem sie offensichtlich den Standpunkt vertritt, daß unsere Regierung ihn im Prinzip zu akzeptieren hat. Dieser Vertrag nimmt aber unserer Regierung von vornherein so viele Souveränitätsrechte, daß das Regieren dann nur noch in einem äußerst engen Spielraum möglich ist.

Und wir haben doch auch Forderungen, und dabei denke ich nicht nur an Reparationsleistungen und Ausbildungskosten, sondern auch an die Tatsache, daß wir in erheblichem Umfang seit Januar 1990 Waren und Dienstleistungen subventionieren, die durch Bundesbürger und Westberliner in Anspruch genom-

men werden. Es wäre doch das Mindeste, daß die Bundesregierung das erstattet!

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne. Gelächter bei CDU/DA)

Ja, wir denken eben nicht nur an die Interessen der Bundesregierung, wir denken ja auch noch ab und zu an die Interessen der Bürger der DDR.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Wenn ich gestern hier immer wieder in der Diskussion gehört habe, daß allein entscheidend ist, in welchem Tempo die deutsche Einigung erzielt wird, dann muß ich darauf erwidern, daß entscheidend die Qualität eines solchen Prozesses ist. Denn jeder Fehler, der in diesem Einigungsprozeß begangen wird, kann sich für Jahre, wenn nicht für Jahrzehnte auf das Schicksal der Bürger in diesem Land und in der Bundesrepublik auswirken, gegebenenfalls auch auf das Schicksal anderer Völker Europas.

Herr Ministerpräsident! Bitte sorgen Sie dafür, daß die Bürgerinnen und Bürger der DDR eine Chance bekommen, in die deutsche Einigung mit aufrechter Haltung zu gehen, damit wir nicht auf Jahre den aufrechten Gang verlernen.

(Gelächter bei CDU/DA. Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Den haben manche in meiner Partei schwerer erkämpft als viele in Ihrer.

(Protestrufe; Beifall)

Das kann ich Ihnen belegen, und da brauche nicht einmal ich mich zu verstecken.

(Zuruf: Gestatten Sie eine Frage?)

Nein, ich habe ja bloß 15 Minuten, wissen Sie.

Im übrigen umfaßte Ihre Regierungserklärung ein Programm, das mindestens auf eine volle Legislaturperiode angelegt ist. Dies spricht immerhin für Realitätssinn.

(V ereinzelt Beifall)

Gestatten Sie mir, noch kurz zu einigen anderen Aspekten der Regierungserklärung einiges zu sagen. Sie sprachen von Rechtsstaatlichkeit, aber nicht von einer neuen Verfassung. Der Grund wurde dann in der gestrigen aktuellen Stunde deutlich. Ich glaube aber,...

(Stellvertreter des Präsidenten
Dr. Höppner: 30 Sekunden haben Sie noch! Unruhe, Heiterkeit bei CDU/DA und DSU)

Sie unterbrechen mich schon, bevor die Zeit zu Ende ist. Also, ich werde dann einfach aufhören.

(Unruhe, Beifall bei CDU/DA und DSU)

Ich hätte Ihnen natürlich gerne etwas gesagt über Ihr Demokratieverständnis. Wie gesagt, 15 Minuten für den Vorsitzenden der Fraktion der stärksten Oppositionspartei im Parlament nach einer über zweistündigen Regierungserklärung halte ich für etwas wenig.

(Stellvertreter des Präsidenten
Dr. Höppner: Ich kann Ihnen gerne 30 Sekunden geben.)

Wenn Sie die Unterbrechungen vielleicht mit abziehen, kommen noch zwei Minuten heraus.

(Unruhe, Heiterkeit)

Es ist meines Erachtens aus rechtsstaatlicher Position völlig unhaltbar, einerseits zu erklären, daß man eine Verfassung nicht